

Geschiedt Halbes
 monatlich mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
 monatlich 50 Pf.
 vierteljährlich 1.50 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Porto bis Post bezogen
 1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
 (Anschaltungsbeilage),
 monatlich 10 Pf.

**Verlags- und Redaktions-
 geschäft:** Nr. 208
 Expedition: Nr. 1047
 Gesamtprogramm-Verlag:
 Wilhelmshafen

Volksblatt

Inserionsgebühr
 beträgt für die 6 Spalten
 20 Pfennig.
 für annahmefähigen
 35 Pfennig.
 Im rabattierten Teile
 kostet die Zeile 70 Pfennig.

Inserate
 für die 6 Spalten
 während 14 Tagen
 kosten 10 Pfennig
 für die 6 Spalten
 während 14 Tagen
 kosten 10 Pfennig.

**Ergebnisse in die
 Postzeitungliste.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Reichsversicherungs-Ordnung.

I. Allgemeines über die Neuordnung.

In der Rüstungswoche hat der Reichstag die Reichsversicherungsordnung nebst Einführungs-gesetz er-
 laßt und gleich darauf hat der Bundesrat den Gesetzentwurf
 seine Zustimmung erteilt. Sowohl im Reichstage wie auch im
 Bundesrat ist diesmal mit einer jagenben Schnelligkeit ge-
 arbeitet worden, wie das sonst bei sozialpolitischen Gesetzen
 nicht üblich war. Die seit Jahren in Aussicht gestellte
 „Reform der Sozialgesetzte“ und die den Witwen und Waisen
 seit 1902 verprochenen „Hinterbliebenenversicherung“ hat mit
 einer schamlosen Entzückung der Beschäftigten und mit
 einer großen Enttäuschung für die demnachstigen
 Witwen und Waisen geendet. Doch darüber hat sich die
 Majorität des Reichstages mit der größten Seelenruhe hinweg-
 gesetzt; ja die Herrschaften hielten es nicht einmal für ange-
 bracht, auf die immer wieder gestellten Verbesserungsanträge
 der Sozialdemokraten überhaupt rednerisch einzugehen. Nach
 Begründung durch unsere Genossen erfolgte einfach planmäßig
 die Ablehnung ihrer Anträge entweder durch die Vertreter
 sämtlicher bürgerlichen Parteien, oder doch durch die über-
 große Mehrheit derselben (Konservative, Zentrum, National-
 liberale). Nicht genug damit, der schwarz-blau-nationalliberale
 Kompromißblut verlor sogar, bis in die dritte Lesung hinein
 den Gesetzentwurf noch zu verschlechtern. Zum Beweise dafür
 sei z. B. die Kürzung der Wöchnerinnenunter-
 stützung um die Hälfte für die Mitglieder der Landtruppen-
 kassen angeführt. Mit diesem Antrage wurde der Reichstag
 gewissermaßen übermüdet. Trotz hartnäckiger Gegenwehr
 unserer Genossen wurde er angenommen. Unter den von der
 Majorität abgelehnten Anträgen befand sich u. a. auch einer,
 der früher schon von Vertretern aller Parteien eingereicht
 worden war. Es betraf dieser die Herabsetzung der
 Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezuge der
 Altersrente. Dieser Antrag würde die 31 Versicherungs-
 anstalten mit rund 90 Millionen Mark belasten. Auf jede Ver-
 sicherungsanstalt entfielen im Durchschnitt noch nicht eine
 Million Mark. Die Regierung erklärte den Antrag für un-
 annehmbar, ebenso einen trefflichen Antrag des Abg.
 Böttcher, die Herabsetzung der Altersgrenze — wenn zurecht
 noch nicht angängig — vom 1. Januar 1917 an einzuführen.
 Dies geschähe „Annehmbar“ war für die Arbeiterklasse die
 erwinnte und bestellte Minderdeutung — es bleibt also bei
 70 Jahren!

Für die Arbeiterklasse ist es wichtig, eine Uebersicht über
 den nun gelassenen gesetzlichen Zustand der Dinge im Zu-
 sammenhange zu bekommen. In drei Kritiken, die man
 sich aufbewahren möge, soll das hier geschehen.

Die Reichsversicherungsordnung regelt in sechs Büchern, die
 zu einem einheitlichen Gesetzbuch zusammengefaßt sind, die
 Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung
 usw., wofür bisher getrennte Gesetze vorlagen. Das erste
 Buch befaßt sich mit den

Gemeinsamen Vorschriften.

Hiernach kommen als Träger der Reichsversicherung in Be-
 tracht: Zur die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die
 Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und für die
 Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungs-
 anstalten. Jeder Versicherungsträger hat einen Vorstand,
 wählbar zu den Organen der Versicherung.
 Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist, wer
 infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Be-
 neidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines
 Verurtheils oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit
 zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Haupt-
 verfahren eröffnet ist; ferner wer infolge gerichtlicher Anord-
 nung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
 Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei dem
 Versicherungsträger versichert ist. Die Vertreter werden nach
 den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Ge-
 wählten verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Der
 Versicherungsträger erstattet ihnen ihre baren Auslagen
 und gewährt den Vertretern der Versicherten Ersatz für
 entgangenen Arbeitslohn bei Zeitverlust. Werden von
 einem Wählberechtigten Tatsachen bekannt, die seine Wählbarkeit
 oder seine Vertrauenswürdigkeit für die Ge-
 schäftsführung ausschließen, so hat ihn der Vorstand,
 wenn es sich jedoch um eine Krankenkasse handelt, die Aufsichts-
 behörde seines Amtes durch Beschluß zu entheben. Vor der
 Beschlußfassung ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
 Gegen den Beschluß ist die Beschwerde beim Reichsversicherungs-

amt, wenn es sich jedoch um eine Krankenkasse handelt, beim
 Oberversicherungsamt zulässig.

Die öffentlichen Behörden der Reichsversicherung
 sind: 1. die Versicherungsämter, 2. die Oberversicherungsämter,
 3. das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungs-
 ämter.

Bei jeder unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat, Landrat
 usw.) wird eine Abteilung für Arbeiterverfiche-
 rung (Versicherungsamt) errichtet. Die oberste Verwaltungs-
 behörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrere unterer
 Verwaltungsbehörden ein gemeinsames Versicherungsamt er-
 richtet wird. Das Versicherungsamt als selbständige Be-
 hörde zu errichten, hat der Reichstag abgelehnt. Dies ist um
 so bedauerlicher, als dem Versicherungsamt sehr wichtige Auf-
 gaben zufallen. Zunächst ist es die erste Instanz für alle
 Streitigkeiten auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, dann
 gilt es als Aufsichtsbehörde für die Krankenkassen, nimmt an
 den Unfalluntersuchungen teil, ihm steht bei der Invaliden-
 und Hinterbliebenenversicherung die Entscheidung über An-
 träge, Beschwerden usw. zu. Das Versicherungsamt besteht aus
 einem Vorsteher, einen oder mehreren Stellvertretern und
 aus mindestens zwölf Vertretern der Versicherten und Unter-
 nehmer. Die Versicherungsvertreter werden von den Vor-
 standmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke
 des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben. Wähl-
 bar ist nur, wer im Bezirke des Versicherungsamts wohnt oder
 beschäftigt wird.

Die Oberversicherungsämter treten an Stelle der jetzigen
 Schiedsgerichte und werden in der Regel für den Bezirk einer
 höheren Verwaltungsbehörde errichtet. Das Oberversicherungs-
 amt besteht aus Mitgliedern und Beisitzern. Es hat außer dem
 Direktor mindestens noch ein Mitglied als besten Stellvertreter.
 Die Beisitzer werden je zur Hälfte aus Unternehmern und
 Versicherten gewählt. Die Zahl der Beisitzer beträgt 40, sie
 kann von der obersten Verwaltungsbehörde erhöht oder ver-
 mindert werden. Die Beisitzer aus den Versicherten werden
 von den Versicherungsvertretern bei den Versicherungsämtern
 des Bezirkes des Oberversicherungsamts gewählt.

Als dritte und letzte Instanz ist das Reichsversicherungsamt
 vorgesehen. An dessen Stelle tritt in Bayern, Sachsen, Würt-
 temberg, Großherzogtum Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin,
 Mecklenburg-Strelitz und das Fürstentum Rügen älterer Linie
 das Landesversicherungsamt. Dem Reichsversicherungs-
 amt gehören je zwölf Vertreter der Unternehmer und
 Versicherten als nichtstimmende Mitglieder an, den Landesver-
 sicherungsämtern je acht. Die Versicherten werden von den
 Versichertenbeisitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Man
 hat also für alle diese Wahlen das komplizierte indirekte
 Wahlverfahren beibehalten. Aber auch nicht in allen Fällen, es
 wird

Im ersten Buche wird nun noch darauf hingewiesen, daß
 Leistungen, die nach der Reichsversicherungsordnung oder
 ergänzenden Landesgesetzen gewährt werden und die durch den
 Uebergang darauf ersten Unterstützungen keine öffentlichen
 Armenunterstützungen sind. Wähler hat man hier Vorkläufe
 auf Rente usw. die von Armenrichtern gewährt wurden,
 vielfach als Armenunterstützung angesehen.

Die ärztliche Behandlung wird durch approbierte
 Ärzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte
 geleistet. Die unmaßige Hilfeleistungen anderer Personen, wie
 Bader, Hebammen, Heilbrüder, Heilgeschiffen, Krankenwärter,
 Masseure usw., sowie Zahnmeister nur dann, wenn der Arzt
 (Zahnarzt) sie anordnet oder wenn in dringenden Fällen kein
 approbierter Arzt (Zahnarzt) zugezogen werden kann. Die
 oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, wie weit auch
 sonst Hilfspersonen innerhalb der staatlich anerkannten Befug-
 nisse selbständige Hilfe leisten können. Ebenso wird von dieser
 Behörde bestimmt, wer als Zahnmeister angesehen ist.

Der örtliche Belegobst wird in Zukunft von dem
 Oberversicherungsamt, und zwar zunächst bis 31. Dezember
 1914, dann immer auf vier Jahre festgesetzt. Der Ortsobst
 wird für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren,
 von 16-21 Jahren und über 21 Jahre besonders festgesetzt. Die
 Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in
 junge Leute von 14 Jahren an und Kinder unter 14 Jahren
 geschieden werden. Leistungen ähnen zu den jungen Leuten. —
 Als Entgelt im Sinne dieses Gesetzes gehören neben Gehalt
 der Lohn aus Gewinnanteile, Sach- und andere Vorteile, die
 der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des
 Gehalts oder Lohnes oder Neben ihm von dem Arbeitgeber oder
 einem Dritten erhält. Der Wert der Sachbezüge wird nach
 Ortspreisen berechnet, die das Versicherungsamt festsetzt.
 Die Höhe des Lohnes ist für die Leistungen aus der Krankens-
 Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von
 großem Einfluß. Dringend notwendig ist deshalb, die vielfach
 noch sehr niedrigen Ortslöhne auch entsprechend zu erhöhen.

Bürgerliche Demokratie.

Während die fortschrittliche Presse die fünfjährige Wiederkehr
 des Jahrestages feierte, an dem die Deutsche Fortschrittliche Partei
 gegründet worden war, hielt die Demokratische Partei
 einigung in Göttingen ihren dritten Parteitag ab. Die Ent-
 scheidung dieser Fragen, aber erstgenannte Gruppe
 bildet eine betrübliche Anklage gegen die bürgerliche Demo-
 kratie der Wähler und Bürger, denn nicht wäre die Abstützung
 dieser Gruppe und ihre Konstituierung als selbständige
 Partei erfolgt, wenn nicht der Individualismus in allen
 Fragen des freiwirtschaftlichen Ausbaues unserer preußisch-deutschen
 Zustände traurig verfaßt hätte. Der Austritt der Barth, Ger-
 lach, Gaebe, Weisbach aus der Fortschrittlichen Vereinigung
 war die unmittelbare Folge der liberalen Wählbarkeit. Der
 Ausdruck der Ueberzeugung, daß ein bürgerlicher Liberalismus,
 der wirklich noch liberale Ziele verfolgt, keinen Anstoß nur
 links an die großen Massen der Sozialdemokratie, nicht aber
 rechts an die herrschende Junkertum nehmen dürfte. Das
 weiß sich die Herren Wilmers, Kopff, Fischer, Wadewitz, um
 nicht gern an die Zeit erinnern wollen, in der sie unter des
 Herrn v. Heydebrandts Fahne marschierten, darum werden sie
 heute noch hoch und rot, wenn ein bürgerlicher Demokrat in
 ihrer Nähe auftritt.

Der Zusammenbruch des Bündnisses und die darauf fol-
 gende erzwungene Linkslenkung der Fortschrittlichen, die so-
 genannt die Linkslenkung hatte die Ansichten der bürger-
 lichen Demokratie etwas beeinträchtigt. Die Demokratische
 Vereinigung lebt fort, jedoch in der Hauptsache von den Führern
 der Fortschrittlichen Volkspartei. Darum sind Ereignisse, wie
 das amose Weisbacher Bündnis und die Ablehnung
 der Fortschrittlichen über die Reichsversicherungsordnung
 für die Demokraten wieder Wind in ihre Segel. Über solche
 Ereignisse sind seit dem Wadewitz bis in die neueste Zeit, im
 Reich der alte Modestimmung wieder sehr gefühnt hat, ver-
 hältnismäßig selten geworden als früher. Wenn es der Demo-
 kratie Vereinigung durch diese Inkongruenz der politischen Kon-
 junktur gelungen ist, ihren Mitgliederbestand seit dem Vor-
 jahr von rund 8000 auf rund 11 000 zu vermindern, so beweist
 das, daß das begründete Mißtrauen auch nichtsozialdemokrati-
 scher Kreise in die Standfestigkeit des bürgerlichen Liberalis-
 mus trotz allem noch im Wachen begriffen ist.

Abgesehen von dem immerhin bemerkenswerten Wachstum
 der jungen politischen Gruppe scheinen zwei Umstände be-
 achtenswert. Einmal die Mitteilung des Schriftführers Dr.
 Glaser, daß ein großer Teil der wohlhabenden Mitglieder der
 Partei den Süden geteilt, seit sie auf ihren vorjährigen Par-
 teitag ihre sozialpolitischen Programme verabschiedet habe. Die
 Demokratie, sagte Herr Dr. Glaser mannhaft genug hinzu,
 kann aber vor Geldfahndereien nicht halt machen, son-
 dern sieht es vor, sich von „Salondemokraten“ reinlich zu
 scheiden. Wenn die Demokratie vor Geldfahndereien nicht
 halt macht, dann — so möchten wir hier bedenken —
 weiter fortsetzen — muß sie gang von selber sozialistisch werden
 und dort ankommen, wo die Sozialdemokratie seit 50 Jahren
 steht. Auch den Klassenkampfstandpunkt muß die
 Demokratie begreifen lernen, da sie es jetzt doch am eigenen
 Leibe erfahren hat, was Klassenbewußtsein der Weislichen
 gegen ihn auszuwirken.

Dann aber, dies der zweite besonders bemerkenswerte Um-
 stand, tritt das Interesse, das die Privatangehellen an
 der bürgerlichen Demokratie nehmen, stärker als bisher in
 den Vordergrund. Wir finden heute die Werke zweier großer
 Angehellen der bürgerlichen Demokratie, Herrn Wilmers und Herrn Säuber,
 neben den älteren Führern Weisbach, Gerlach usw. an der
 Spitze der bürgerlich-demokratischen Bewegung, und es ist un-
 zuzunehmen, daß sich die dreizehntausend neunhundert Mitglieder
 hauptsächlich aus der sozialen Schicht der Privatangehellen
 rekrutieren.

Das ist eine Erscheinung, die auf beiden Seiten, rechts und
 links von der Demokratischen Vereinigung, zu denken geben
 sollte. Zweifelslos entwickelt sich in der Welt der Privatange-
 hellen eine geistige Bewegung, die von den alten bürgerlichen
 Parteien los will und nach härterer Betonung einer dialektischen
 Forderungen auf dem Gebiete der Politik wie insbesondere
 auf der Sozialpolitik hinzielt. Ein deutschnationaler Bunde-
 lungsgesellschaftsverband von föderalnationaler Färbung würde
 heute, befände er nicht leider schon, kaum mehr gegründet wer-
 den können, und er würde jetzt seine Mitglieder noch viel
 rascher los werden, hielt er sie nicht mit dem Tellerlein seiner
 Vereinsstatuten genantiam fest.

Die politische Radikalisierung der Privatangehellen muß
 aber auch die Sozialdemokratie selber interessieren. Die
 Sozialdemokratie kann es nicht gerade freuen sehen,
 wenn eine soziale Schicht, die eigentlich zu ihr stehen müßte,
 sich auf dem Boden einer anderen Partei politisch zu organi-
 sieren beginnt. Vielleicht, wenn sich die Demokratische Ver-
 einigung härter entwickelt, werden einmal zwischen ihr und der
 Sozialdemokratie gerade um diese Schicht heftige Kämpfe ge-
 führt werden müssen. Eintheilen kann man freilich anneh-
 men, daß die Logik der Tatsachen selbst die Angehellen in das
 politische Lager führen wird, in das sie durch ihr Klasseninter-
 esse, das dem Kapitalismus droht entgegensteht, ungewollt
 gepoben. Für sie kann die formalistische Nichts als Demokra-

Ne unmöglich mehr bedeuten als ein Uebergangs-
stadium.

Es ist eine recht lehrreiche Erscheinung, die der politische
Spiegel der jungen Partei zuerst zurückerblickt. Die Kapital-
fragen gehen, die Verstaatlichungen kommen! Und was jene
vertritt, das tabulata sozialpolitische Programm, sieht
dies an.

Wenn man nach solchen Erfahrungen die Frage stellt, ob
eine demokratische Partei in Deutschland möglich sei, kann die
Antwort nur lauten: Die Demokratie wird sozialistisch
sein, oder sie wird nicht sein!

Politische Uebersicht.

Salz a. S., den 7. Juni 1911.

Ver sicherungen gegen Revolutionen.

Das Kapital ist finzig, und läßt sich auch durch die Stürme
großer wirtschaftlicher Auseinandersetzungen nicht so leicht
verwirbeln. Der liebe Zahn aus goldene Halb ist vielen die
Seite des Lebens, was liegt näher, als für gegen Revolutionen,
Gegenrevolutionen, Währungsstände und Straßentransporte zu
verhaften? Tatsächlich ist die Versicherungsbörse in London
seit Wochen und Monaten eifrig dabei, für die Champagner-
gendung um Erneuerung ein Jahr lange Versicherungen abzu-
schließen. Noch vor kurzem betrug die Jahresprämie nur
5 Prozent, jetzt ist es infolge der „ungünstigen Konjunktur“
auf zehn Prozent gestiegen. Für zehn bis zwölf
Millionen Mark sollen jetzt schon Versicherungen abgeschlossen
worden sein. Für Versicherungen gegen eine Antirevolution
zugunsten der portugiesischen monarchistischen Partei werden
20 Prozent Versicherungsbeitrag verlangt, dieses schließt auch
gleich die etwa durch Anstaltsarbeiten in Oporto entstehenden
Eigentumsverluste mit ein. Nur eine Thronversicherung will
sich nicht machen, nicht einmal auf Gegenseitigkeit, da ist in
den jetzigen Zeiten das Risiko zu groß!

Nationalistische Parteigründung im Elsaß.

Die elsaß-lothringischen Protestler haben sich entschlossen,
angeichts der neuen Schritte eine eigene Partei zu bilden.
Auf einem Bankett wurde die Sache mit Reden von Blumen-
thal, Kreis, Wisger, De Wolfe und anderen eingeleitet. Das
Ergebnis dieser Verhandlungen war ein Aufruf, der in deut-
scher und französischer Sprache abgedruckt ist und in dem es
u. a. heißt:

Wegen des Willens unseres Landesauschusses und der
Mehrheit der elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten,
gegen den Willen des elsaß-lothringischen Volkes ist uns eine
neue Verfassung aufgenötigt worden. Sie hebt in ihrer
Gesamtheit einen Rückschritt, wir sind weiter von
der Autonomie entfernt als vorher. Es ist uns aufs neue
zum Bewußtsein gebracht worden, daß wir zur Erfüllung
der gerechten Forderungen unseres Volkes auf die Parteien
im Reichstag abzurufen können dürfen, wir auf die im
Bundesrat vertretenen Organisationen. Der Anschlag auf
die im Reichstag bestehenden Parteigruppierungen hat unserm
Land seinen Rufen gebracht. Eine Heine aber in sich ge-
schlossene Gruppe, welche sich das Jüngling in der Wage
bilden kann, vermag dagegen im Reichstag mehr auszu-
richten als einzelne in großen Fraktionen verlorene Ab-
geordnete. Es muß daher eine Wiederherstellung der elsaß-
lothringischen Gruppe im Reichstag ins Auge gefaßt werden.
Wir haben uns entschlossen, eine elsaß-lothringische
Nationalpartei zu gründen, in der alle wahren Elsaß-
lothringiger zu einer tatsächlichen Aktion im Reichstag und
Bundesrat vereint können.

Der Aufruf wurde zahlreich von sämtlichen Anwesenden
unterzeichnet. Die Versammlung des Bundesrats erklärte aber
keinerlei Stellung nehmen zu können, da sie erst die Beschlüsse
des Delegiertenkongresses, der zum 11. Juni einberufen worden ist,
abwarten mußten.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.
Achtan von Jonas Lie.

30. Nachdr. verb.
Mit Annie war zurückgewandt.
Sie dachte nicht an Ach und an ihren binkenden Gang — sie lief
— hand hielt — wartete — lachte.
Kam er denn nicht! Kam er nicht! Wieviel lief er in der
Verwirrung umher und lachte sie.
Die Stunden wuchsen zu Minuten an.
Was für Zufälle hatte sie nicht gehabt — was hatte sie
nicht alles ausgedacht an seiner Seite! Welch ein Leben
wäre das geworden! Wie in einem märchenhaften Zauberberg
hatte sie in die Zukunft gedacht. Alles wollte sie ihm sein —
wollte auf seine Ideen und Gedanken eingehen, ihm führen,
ihm helfen. — Der großdenkende, freudige Mann sollte alle
seine Pläne verwirklichen.
Und nun! Nun — da der Todesbote seine Schredenstöße
durch ihr Herz wälzte, war es nur er — er — den sie mit
ihrer Trauer umarmte!
Er sollte nicht leben und wissen dürfen — nicht all das
Große ausleben! Bewußten sollten sie — all die schönen
Kämpfe! — gefüllt werden diese wunderbare Kraft!
War es möglich? Es war so bitter — so bitter! — So
unfassbar — unmögl. — all diese starke Lebensfülle so
schmerzhaft!
Nicht ein Wort hatte sie ihm zum Troste zu sagen!
Sie konnten nur miteinander über die Gründe des Todes
sprechen!
Nichts blieb ihr zu tun.
Da war er — da stand er — jubelte es fast in ihr!
Er hatte eine Rettungsboje in der Hand und sah sich nach
allen Seiten um mit dem schmerzlichen, klugen, die Situation be-
herrschenden Blick, der alles erlebte — in sich aufnahm. —
Und hier stand er vor der Unmöglichkeit!
Sie brach in ein gewaltiges Weinen aus und stürzte zu
ihm hin.
„Kein Wort — kein Wort!“ rief sie und klammerte sich
an ihn. „Wir müßten miteinander sterben — anstatt zu
leben!“
„Danke — tausend Dank für alle die schönen Tage und
Stunden! — Sie haben meinem Leben Inhalt gegeben!“
„Kein Wort“ schüttelte ungeduldig den Kopf.
Nüchtern und bestimmt löste er sie von sich.
„Nicht ist nicht die Zeit für Redensarten — keine Zeit für
Narrenscherzen!“
„Sie dürfen mich nicht antworten — sich nicht an mich hängen!
Soll ich im Augenblick der Gefahr mich retten, so muß ich ans
Fest sein!“
Er bewegte die Arme, als wollte er alles Lebensfähige von
sich schütteln.
„Ich verabschiede Sie, Mit Annie, ich kann mit dem besten
Willen nichts tun. Die Herrschaft liegt mit, daß Sie sich
für einen unbehinderten Mann hier nur geringe Chancen
find.“

Deutsches Reich.

— Denburg wird wieder Landdirektor. Die konservative
Deutsche Monatszeitung meldet in ihrer Nummer vom
6. Juni, daß Bernhard Denburg, der Staatssekretär a. D., in
das Direktorium der Deutsch-Nationalen Partei einzutreten werde.
Da es sich um ein Rebeninstitut, eine Bank mit 18 Millionen
Mark Kapital, handelt, habe man zunächst nicht recht glauben
wollen, daß eine richtige Ergänzung sich zur Annahme dieses
Postens einschließen werde. Erkundigungen hätten aber er-
geben, daß die Nachricht auf begründet sei. Mögliche Finanz-
herren bemühen sich noch, die Hindernisse wegzuräumen (die
nicht von fern zu beseitigen sind). Gelingt es ihnen —
und das ist außerordentlich wahrscheinlich — so werde Bern-
hard Denburg die Leitung der Deutsch-Nationalen Partei über-
nehmen, auf die mehrere erste Großbanken, vor allem die
Diskontogesellschaft, bestimmenden Ein-
fluß haben. Unter anderem spitzigen Bemerkungen leit das
konservative Blatt noch mit, daß Denburg, der in Ostpreußen
war, allerlei deutsch-polnische Pläne habe.

Belgien.

Die Kammer vor der Auflösung?

Wie die Frankf. Ztg. zuverlässig erfährt, hat der König die
Auflösung der Kammer beschlossen. In der Ministerratssitzung
am Dienstag bildete die Auflösung der Kammer den Gegen-
stand der Beratung. Der Beschluß wird der Kammer bereits
Mittwoch mitgeteilt werden.

Cärken.

Ein Kompetenzstreit zwischen Kammer und Senat.

Noch kurz vor dem Ende der Parlamentssession ist zwischen
der Kammer und dem Senat ein Konflikt entstanden, weil der
Senat einige Artikel des Budgets, namentlich die Verringerung
der Militärpensionen, abgelehnt hat. Der Beschluß des
Senats rief in der Kammer eine heftige Debatte hervor, in
deren Verlauf der Kriegsminister zurückzutreten drohte, falls
die Kammer auf ihrem Beschluß beharrte. Schließlich wurden die
streitigen Artikel nochmals dem Senate überboten, der
ihre Erledigung auf die nächste Session versagte. Dieser zweite
Senatsbeschluß wurde in der Kammer sehr heftig kritisiert.
Mehrere Abgeordnete sprachen dem Senate das Recht ab, eine
Budgetkommission zu bestimmen, und erklärten, die Kammer werde
unbedingt auf ihrem Beschluß bestehen, zumal die vorge-
schlagenen Streichungen mit Rücksicht auf das 15 Millionen-
defizit des Budgets unerlässlich seien.

Ein späteres Telegramm meldet noch: Infolge des zwischen
der Kammer und dem Senat ausgebrochenen Konflikts hielten
beide Körperschaften in der Nacht abwechselnd Sitzungen ab,
die erst um 4 Uhr früh ihr Ende nahmen. Die Kammer bestand
darauf, daß ausschließlich ihr die Kompetenz zustehe, über
Budgetfragen zu entscheiden. Schließlich lehnte der Senat eine
Weiterberatung ab, worauf der Großmehr ein Dekret verlas,
durch das die Session des Parlaments geschlossen wird. Die
streitigen Artikel des Budgetgesetzes bleiben unerledigt.

Der Albanenaufruf.

Die Unterdrückung des albanischen Aufstandes wird von
den Türken mit wachsendem Glück fortgesetzt, ohne daß sie
dabei eigentlich dauernde Erfolge zu verzeichnen haben. Die
Kufständerischen haben am Montag das kleine Fort von Leich,
das von ungefähr hundert Soldaten verteidigt wurde, ge-
nommen. Die Detschak bedroht und die Telegraphenleitung
zwischen Leich, Skutari und Tirana zerstört. Sie wurden aber
von Militärs und der bewaffneten Bevölkerung nach längerem
Kampfe unter europäischen Verlusten zurückvertrieben.
Der Albaner Zimez zufolge haben sich nach Mitteilungen
aus Gecina die Mazedonier, der mächtigste aller alba-
nischen Stämme, empört, und die türkische Garnison von
Alessio angegriffen. In Drift, der Stammeshauptstadt, wurde
eine provisorische Regierung eingerichtet und die Autonomie
Albaniens verkündet. Die Türken entziehen schles-

nisch Truppen aus anderen Garnisonen zum Entsat von
Alessio.

Die Meldung über die Erhebung der Mazedonier wird von
türkischoffizieller Seite als nachlos übertrieben bezeichnet.
Zugegeben wird nur, daß die Mazedonier von der Umgebung
von Alessio diese Stellung, in der sich ein kleines Detachement
befunden hat, angegriffen haben, jedoch von der Verstärkung
herangezogenen Truppen zurückgeworfen worden seien. Zur
Verstärkung der Autonomie Albanien hätten die Mazedonier
nach einer Erklärung des Kriegsministers nicht die geringste
Macht. Die in Albanien vorhandenen Truppen seien jeder
Eventualität gewachsen.

Marokko.

Die französisch-spanischen Reibereien.

Der Pariser Temps unterzieht die spanischen Bestre-
bungen in Marokko einer sehr scharfen Kritik und schreibt unter
anderem: Es unterliegt nunmehr keinem Zweifel, daß sich die
Spanier bei ihren Unternehmungen in Marokko von einer
franzosenfeindlichen Presse versucht lassen, die mit dem
in den Verträgen vorgesehene Zusammenwirken nichts gemein
hat. Diese Verträge werden übrigens durch die Art und Weise,
wie sie Spanien auslegt, zu einer zweifelhafteigen Waffe, und
die spanische Regierung würde, bevor sie die Beteiligung der
Integrität Marokkos zu weit treibt, gut tun, den Artikel 133
der Algiercasale zu lesen, nach dem im Falle eines Wider-
streites zwischen den Bestimmungen der früheren Verträge und
der Algiercasale die Bestimmungen der letzten überwiegen. —
Jetzt wird natürlich wieder die spanische Presse nachgeholfen,
daß die Spanier kein Waffengebrauch trüben können und daß Fran-
reich der Söldnerspiel ist usw. in infinitum.

Amerika.

Demokratienstreit gegen Sozialisten.

Wie bekannt, wurden vor mehreren Wochen einige amerika-
nische Gewerkschaftsführer unter der Beschuldigung verhaftet,
Ihrer des Dynamit-Attentats gegen die Zeitung Times in
Los Angeles in Kalifornien zu sein. Für diese schwere
Anschuldigung liegt bis jetzt auch nicht der geringste Beweis
vor, im Gegenteil haben alle Beschuldigten sofort ihre Alibi er-
bringen können. Trotzdem hält man noch einige Gewerkschafts-
führer im Gefängnis fest, weil die amerikanische Kapitalisten-
klasse in ihnen zugleich die Arbeiterbewegung treffen will. Die
Gewerkschaften unter Führung der sozialistischen Partei rücken
denn auch zum Kampfe, um den beabsichtigten Anschlag abzu-
wehren und die fälschlicherweise Angeklagten aus dem Gefängnis
zu befreien; Protestversammlungen werden abgehalten und für
den geschaffenen Kampffonds fließen die Beiträge reichlich.
In eine Meldung des New York Herald guttend, so soll
für nächsten Monat ein Generalstreik sämtlicher Arbeiter
proklamiert werden, als Protest gegen das Verfahren gegen die
Arbeiterführer. Der Ausbruch des Generalstreiks soll auf den
5. Juli festgelegt sein, weil an diesem Tage das gerichtliche
Verfahren seinen Abschluß finden wird.

Mexiko.

Revolutionäre Nachwehen.

New York, 6. Juni. Bei einer Demonstration von
Krauterechtern in Santa Julia, einer Vorstadt
von Mexiko, kam es zu Aufruhrungen. Die Gewerkschaften
feuerte und verwundete neun Personen. — Bluttige Auseinander-
setzungen gegen Chinesen werden aus Santos (Sauptstadt
des gleichnamigen mexikanischen Staates) gemeldet. Bewaff-
nete Handen führen den Eisenbahnverkehr zwischen den Städten
Mexico und Veracruz. Waderisten und Sozialisten ge-
nerien in blutigen Konflikt. In Santa Antonio im Staate
Chihuahua gab es eine Anzahl Tote.

Mit Annie war zurückgewandt.
Sie dachte nicht an Ach und an ihren binkenden Gang — sie lief
— hand hielt — wartete — lachte.
Kam er denn nicht! Kam er nicht! Wieviel lief er in der
Verwirrung umher und lachte sie.
Die Stunden wuchsen zu Minuten an.
Was für Zufälle hatte sie nicht gehabt — was hatte sie
nicht alles ausgedacht an seiner Seite! Welch ein Leben
wäre das geworden! Wie in einem märchenhaften Zauberberg
hatte sie in die Zukunft gedacht. Alles wollte sie ihm sein —
wollte auf seine Ideen und Gedanken eingehen, ihm führen,
ihm helfen. — Der großdenkende, freudige Mann sollte alle
seine Pläne verwirklichen.
Und nun! Nun — da der Todesbote seine Schredenstöße
durch ihr Herz wälzte, war es nur er — er — den sie mit
ihrer Trauer umarmte!
Er sollte nicht leben und wissen dürfen — nicht all das
Große ausleben! Bewußten sollten sie — all die schönen
Kämpfe! — gefüllt werden diese wunderbare Kraft!
War es möglich? Es war so bitter — so bitter! — So
unfassbar — unmögl. — all diese starke Lebensfülle so
schmerzhaft!
Nicht ein Wort hatte sie ihm zum Troste zu sagen!
Sie konnten nur miteinander über die Gründe des Todes
sprechen!
Nichts blieb ihr zu tun.
Da war er — da stand er — jubelte es fast in ihr!
Er hatte eine Rettungsboje in der Hand und sah sich nach
allen Seiten um mit dem schmerzlichen, klugen, die Situation be-
herrschenden Blick, der alles erlebte — in sich aufnahm. —
Und hier stand er vor der Unmöglichkeit!
Sie brach in ein gewaltiges Weinen aus und stürzte zu
ihm hin.
„Kein Wort — kein Wort!“ rief sie und klammerte sich
an ihn. „Wir müßten miteinander sterben — anstatt zu
leben!“
„Danke — tausend Dank für alle die schönen Tage und
Stunden! — Sie haben meinem Leben Inhalt gegeben!“
„Kein Wort“ schüttelte ungeduldig den Kopf.
Nüchtern und bestimmt löste er sie von sich.
„Nicht ist nicht die Zeit für Redensarten — keine Zeit für
Narrenscherzen!“
„Sie dürfen mich nicht antworten — sich nicht an mich hängen!
Soll ich im Augenblick der Gefahr mich retten, so muß ich ans
Fest sein!“
Er bewegte die Arme, als wollte er alles Lebensfähige von
sich schütteln.
„Ich verabschiede Sie, Mit Annie, ich kann mit dem besten
Willen nichts tun. Die Herrschaft liegt mit, daß Sie sich
für einen unbehinderten Mann hier nur geringe Chancen
find.“

Er sah sie Frau mit der anderen Hand und wollte aus
der Hand eilen.
„Was ist das? Was? Ach und ich?“ stieß Anna hervor.
„Schwabe jetzt nicht — komm nur fort! — Es ist keine Zeit
zu verlieren! Tu, was ich dir sage!“
„Sie sag ihm zurück.“
„Nein — Ach und ich bleibe hier — bei dir!“ sagte sie
fest.
Der Doktor war mit dem Alben schon an der Tür.
„Unter Umständen wie diesen hast du keine Wahl!“ er-
widerte er.
„Was sagst du da? Was meinst du?“ rief Anna erdredt.
„Sie sag ihm zurück.“
„So lange hast du dich nur um dich und das deine ge-
kimmert, jetzt mußst du an mich und an Ach denken!“ rief
sie leidenschaftlich. „Einmal muß es klar zwischen uns werden!
Nun ist es endlich an der Zeit!“
„Höre also, Jun, daß das für dich nur eine andere Art des
Todes ist.“ Ihre Stimme zitterte und ihre Augen
glühten.
„Du bist jung und hast genug, wofür du leben kannst.“
unterbrach der Doktor sie kurz. „Ach ist ein kräftiger,
frischer Junge. Ach — Anna — Holmar!“ — fügte er durch
die zusammenschließenden Lippen hinzu. „Du weicht, er wird
dich nie verlassen. Auf ihn kannst du bauen!“
„Ach — mein Gott — Ach — Mein Gott! Was sind mir
Holmar und alle Freunde jetzt!“
„Sie sang tröstliche die Hände.“
„Wir drei — du und ich und Ach — wir gehören ja doch
zusammen!“
„Nicht wahr, Ach? Nicht wahr?“ meinte sie. „Du willst bei
deinem Vater und bei mir bleiben? Du willst nicht in Spiel
und Ruchlosigkeit von guten Freunden ausgezogen werden. —
Du willst deines Vaters Junge sein!“
„Frage ihn, Ach, warum wir ihm nichts mehr sind? Du
und ich — Es ist, als ob wir uns vor ihm würden mühten.
Er sieht uns an, das uns bange vor ihm wird, so voll
Hinterkeit ist sein Blick!“
„Ach — wenn er wüßte, wie ein einziger Sonnenstrahl von
meinem früheren Son mich mit Jubel füllen kann! War
dieser Ehrgelz wirklich unter Ach wert, Son? Gaa?“ und
sie wandte sich verzweifelt an ihm.
„Ach mich in den haar Wintren, die wie noch haben, bei dir
sein — mich an dich klammern — dich fühlen in den alten
Tagen!“ das sie.
„Nicht — da der Ruf zu einer anderen Reife an uns er-
gangen ist! Wieviel — ach wieviel ist es so oft befallen!“
„So habe ich die Reife in des Doktors Blick anfaute
und einem seltsam isidorn Ausdruck Raum gab.“
„So habe ich endlich!“ sagte er leise. „Und ich konnte
an dir zweifeln?“
„Zweifeln? Zweifeln — an mir, Son? — Zweifeln an
was?“
„Komm zu mir, Kerne, Bekannet!“ flüsterte der Doktor.
„Mein Sohn — unter Sohn —
„Wenn wir jetzt sterben, Anna, so wird die Reife nicht
reigen!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Zur Kritik der Faktion in der reichsständlichen Verfassungskommission.

Im Kaffler Volksblatt schreibt Genosse Scheidemann: Daß Genosse Frank vom Reichstängel „privatim“ empfangen worden sein soll, scheint uns recht unwahrscheinlich zu sein. Dem Umstand, daß die Mannh. Volksstimme den Mitteilungen des Zentrumsblatts nicht ausdrücklich widerspricht, können wir als eine Bestätigung der Zentrumsnähe nicht ansehen. Daß ebenso wie Vertretungen der übrigen Parteien auch Genosse Frank gleichzeitig mit dem Genossen Emmel als Vertreter der sozialdemokratischen Kommisionenmitglieder im Bundesratssitzung mit dem Staatssekretär Delbeld auf Einladung verhandelt haben, ist doch zu seiner Stunde ein Geheimnis gewesen. Daß Delbeld nicht auf eigene Faust, sondern im Einverständnis mit Hofmann Döllinger operierte, ist doch wohl auch gewiß. Diese Tatsache dürfte die Mannh. Volksstimme nachsichtiger gegenüber haben zu der Bemerkung, die die u. R. als eine Bestätigung der Zentrumsnähe über den Empfang Franks bei Hofmann ansieht. Wir haben keinen Auftrag, namens der Faktion des Reichstängel zu sprechen, aber unseres Erachtens würde die Faktion sehr unglücklich gehandelt haben, wenn durch ihre Schuld das Allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Reichsstände nicht erreicht worden wäre.

Die Frage, ob Genosse Frank, der diplomatische Führer unserer Reichstägung, „privatim“ beim Reichstängel war oder nicht, ist für uns ziemlich belanglos. Worauf es ankommt, ist doch die Faktionsmehrheit verpflichtet, den Verfassungskonferenz mit Haut und Haaren zu schließen, nachdem die Regierung das gleiche Wahlrecht angestellt. Diese einzige Konzeption genügt ihr sofort, um all die Dinge zu sanktionieren, die man als volksfeindlich, reaktionär und als Höfenspolternmaß stürzend anpreisen muß. Dabei ist das zugestandene Wahlrecht kümmerlich genug und gibt nur zur zweiten Kammer, über die der zustimmende Beschluß der Faktion eine erste Kammer setzte, die von Wilhelm II. in der Doppelwahl ernannt wird und ohne deren Zustimmung im Gesetz nicht geändert darf. Es heißt geradezu unglücklich, daß Genosse Scheidemann wiederum von einem „Allesgemeinen“ Wahlrecht spricht. Das Wahlrecht bestimmt im Gegenteil, daß das Wahlrecht nicht allgemein, sondern für die Arbeiterklasse erschwert ist; ja es enthält Bestimmungen, die ein direktes Ausnahmerecht für die Arbeiterklasse bedeuten. Dadurch ist die „Gleichheit“ des Wahlrechts von vornherein aufgehoben, aber auch die formale Gleichheit der Stimmen wird durch die fortgesetzte Wahlkreiserteilung in ungleichmäßige verzerzt. So sehr wir ein Interesse haben, das Reichstängelwahlrecht gegen das preussische Reichstängelwahlrecht auszuwählen, so sehr müssen wir uns doch hüten, dies Wahlrecht als unglücklich als unter „Allesgemein“ aufzunehmen, gleich, direkt, geheim erscheinen zu lassen. Im Interesse der politischen Klarheit erscheint das dringend geboten.

Genosse Emmel erklärt in der Mühlhauer Volkszeitung u. a.:

Bei der Abstimmung über die Verfassung für Elsaß-Lothringen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Mörcht, Wed, Kunert, Lehmann, Rebebour und ich eine Abstimmungsartikeln nicht abgegeben, trotzdem wir in der Sitzung anwesend waren.

Welche Gründe meine fünf Parteigenossen zu ihrer Stellungnahme veranlaßten, habe ich hier nicht darzulegen, wohl aber die Gründe, die für mich in Betracht kamen.

In der sozialdemokratischen Faktion hatte ich beantragt: 1. gegen die Verfassung zu stimmen, 2. für das Wahlrecht zu stimmen, 3. bei einer Gesamtbestimmung über beide Gesetze gegen beide zu stimmen. Die Faktion war jedoch, für beide Gesetze zu stimmen, weil das Wahlrecht ohne die Verfassung nicht zu erlangen sei. Darauf erklärte ich lauter Bedauern, daß ich von dem stets gewährten Rechte Gebrauch machen werde, überhaupt nicht abzustimmen. Die Faktion stimmte dem zu.

Ausschlaggebend für meine Stellungnahme waren zwei Punkte. Erstens die Stärkung der Kaisergewalt durch die Übertragung landesherrlicher Rechte, zweitens die Errichtung eines ultrareaktionären kaiserlichen Oberhauses in der Gestalt der ersten Kammer.

Selbst, das bedeutend verbesserten Wahlrechts halber glaube ich diese beiden Dinge nicht in Kauf zu nehmen.

Der Wortlaut der Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung ist jetzt Gesetz geworden. Für die Arbeiterklasse, besonders für die Sekretariate und Bureaus der Arbeiterorganisationen ist der Wortlaut des Gesetzes von größter Wichtigkeit. Deshalb hat der Reichstängel Genosse Gustav Koch, Mitglied der Reichstängelkommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung, eine Textausgabe

der R.-V.-O. nebst Einführungsgesetz mit Erläuterungen herausgegeben. Das Buch wird in dauerhafter und geschmackvoller Ausstattung im Vorwärtsverlag Ende Juni 1912 erscheinen. Bei Vorbestellung bis zum 15. Juni kostet es 4,50, nach Erscheinen 5 Mk. Bestellungen nehmen alle Parteibüchereihandlungen entgegen.

Wie man uns behandelt.

Wie die Chemnitzer Volksstimme mitteilt, hat Genosse Heilmann die ihm wegen „Majoritätsbeilegung“ zubilligte Gefängnisstrafe von sechs Monaten vor den Festsetzungen angetreten. Er hat auf die Revision verzichtet, um am Wahlkampf im Dezember teilzunehmen zu können. Genosse Weyer, der ebenfalls wegen „Majoritätsbeilegung“ sechs Monate im Gefängnis saß, will ebenfalls die Revision durchführen. Wie die Volksstimme weiter mitteilt, ist dem Genossen Heilmann das Lager eigenem Knecht sowie die Selbstbestätigung verweigert worden. Diese Verweigerung ist für Sachen um so auffälliger, als Genosse Heilmann noch nicht bedroht war und den Redakteuren an den anderen sächsischen Parteibüchern in den letzten Jahren die beiden Verurteilungen neben der Selbstbestätigung anstandslos bewilligt worden ist. Die u. R. fragt mit Recht, wie der neue Polizeiminister Bittum, dem die Landesgefängnisse unterstellt, durch diese Mißhandlung eines sozialdemokratischen Journalisten im Gefängnis einen neuen Beweis liefern, daß die jetzige Regierung in der Verfolgung und Behandlung von Sozialdemokraten noch den alten Kurs heintüchtiger Mafelbücherei beibehalten?

Reaktionswächsel.

Die Ersitzer Tribüne schreibt: In die Redaktion der Tribüne ist mit heutigem Tage Genosse Georg Weyer eingetreten, um an Stelle des am 1. Mai nach Berlin übergesiedelten Genossen Kühn die politische Redaktion dieses Blattes zu übernehmen. Genosse Weyer war über zwei Jahre an der Arbeiterzeitung in Dortmund und vorher an der Leipziger Volkszeitung tätig.

Gleichzeitig ist als Ausführendredakteur Genosse Georg Höder aus Köln in die Redaktion der Tribüne eingetreten.

Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, 4. Juni 1911.

Unter dem erhebenden Eindruck, eine halbe Million Mitglieder im Verband müßten zu können, fanden die Verhandlungen der am zweiten Pfingstfesttag vormittags 10 Uhr eröffneten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Im Saale angebrachte Embleme erinnern an die früheren Verbandstage und zeigen durch Angabe der Mitgliederzahlen die Entwicklung des Verbandes.

Anwesend sind 200 Delegierte, Vertreter des Verbandes der Kupferarbeiter, der Schmiedler und Arbeiter und der Schmiedereien, auswärtigen Bruderorganisationen sind Vertreter aus Österreich, aus Ungarn, Serbien, Dänemark, Schweden, der Schweiz, der Niederlande und aus England anwesend. Die Franzosen sind der Einladung nicht gefolgt.

Der Mannheimer Bevollmächtigte Schneider begrüßte die anwesenden Delegierten im Namen der Mannheimer. Er verwies darauf, daß Mannheim in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stets seinen Mann gehalten habe.

Nachdem hielt der Verbandsvorsitzende Schilde die Eröffnungsrede. Er betont, daß der Verband eigentlich ein dreifaches Jubiläum feiern könne: eine halbe Million Mitglieder, Währungswechsel, und um wenige Tage bitterer es, daß vor 25 Jahren die Reaktion in Deutschland den Verband zu vernichten suchte. Trotzdem habe der Verband seine Ziele und gute Fortschritte gemacht. Mit langer Erwartung gingen die Delegierten 1901, als die Gründung des Verbandes beschlossen war, auseinander. Das Sozialistengesetz war gefallen, aber damit war die Reaktion in Deutschland noch nicht gefallen.

Ein bedeutendes Hülflein der Berufsfolger stand nach Gründung des Zentralverbandes dieser Organisation noch fern. Es tobte der Kampf um die Form der Organisation. Im Laufe der Zeit haben dann viele kleinere Verbände ihren Anschluß an die große Organisation gefunden, die dann erst im Jahre war, nicht nur Kämpfe zu organisieren, sondern auch Siege zu erzielen.

Der Verband habe sich bei den Unternehmern besondere Achtung erworben. Den Unternehmern müsse es imponieren haben, daß der Verband nach Ablauf der wirtschaftlichen Krise nicht nur an Mitgliedern zunahm, sondern auch sofort in der Lage war, Forderungen zu stellen und schwere Kämpfe auszufechten. Neben spricht die Meinung aus, daß nicht die großen Kräfte, sondern vor allem auch der Geist der Organisation

starke Wirkung nach außen habe und das Vertrauen zur Organisation festige. — Die Entwidlung des Verbandes stehe in der internationalen Arbeiterbewegung einzig da. Mit der Aufzucht für intensiver Arbeit, getragen von gegenseitigem Vertrauen, schließt Schilde seine mit Beifall aufgenommene Begrüßungsrede.

Nach der Wahl folgten die Begrüßungsreden der Vertreter der ausländischen Verbände. Die beglückwünschendsten den Verband zu seinem Jubiläum und zu seinen großen Erfolgen.

Nach Begrüßungsreden der Vertreter der Schmiede, der Maschinen- und Eisener und der Kupferarbeiter, nahm noch der Genosse Fritsch aus Serbien das Wort. Er schloß seine in französischer Sprache gehaltenen Rede mit den Worten: „Für uns im Orient geht die Sonne nicht vom Osten auf, sondern die rote Sonne vom Westen.“

Es folgte hierauf der Bericht der Wandlungsprüfungskommission. Hierbei kommt es zu längerem Auseinanderlegen über die Gültigkeit eines Hamburger Mandats.

Darauf erfolgte die Wahl des Bureaus. Als Vorsitzende wurden gewählt: Schilde in Stuttgart, Cohen in Berlin und Kahn in Mannheim.

Nach der Wahl der übrigen Kommissionen verlagte sich die Generalversammlung um 6 Uhr abends. Am Abend fand ein Festkommers im Nebenlokal des sächsischen Hofgartens statt.

Gewerkschaftliches.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die streikenden Schühmacher in Stuttgart haben den Kampf nach achtwöchiger Dauer abgebrochen; von einer Weiterführung war ein besseres Resultat nicht mehr zu erwarten. Daß der gewünschte Erfolg nicht erreicht werden konnte, kommt vor allen Dingen auf das Konto der Christlichen, die schon aus die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Arbeiter verlangen nun, daß sich auch der Zentralverband für ihre Jahre auf den mit den Christlichen vereinbarten Tarif festlege, andernfalls wird mit Aussetzung droht. Die Arbeiter werden sich die Forderung unter seinen Umständen streng fernzuhalten.

Ein Offenerstreik ist in Wittenstein (Schp.) ausgebrochen. Zugang ist ferngehalten.

Mühlentarbeiterstreik. Bei der Firma Wegstetter u. Wilmann in Köln-Deich haben 30 Mann die Arbeit niedergelegt, weil die Firma jede Tarifunterhandlung mit den Vertretern der Organisation ablehnte und das Personal zwingen wollte, einen Generalstreik anzuerkennen, der von der Firma entworfen war. — Ferner haben die Arbeiter der westfälischen Wälle in Düsseldorf die Arbeit wegen Tarifforderungen niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Schweißergewerkschaft A.-G. in Augsburg erreichen einen Tarifvertragsabschluss, laut welchem ab 1. Juni die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich herabgesetzt wird. Ferner sind Lohnsteigerungen nominiert und erhalten die Arbeiter eine Lohnsteigerung von 3 bzw. 2 Pf. pro Stunde, Montagzulage und Entschädigung für Nachtarbeit.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die im Deutschen Eisenarbeiterverband organisierten Städtler- und Hohenarbeiter der Straßburger Hohen- und Schiffbauwerkstätten als Arbeitseinstellung zur Durchführung gebracht. Die Verhandlungen zwischen der Verbandsleitung und den Unternehmern gestaltet sich ziemlich schwierig, so daß schließlich das Bürgerministerium zur Vermittlung eingegriffen. Es wurde ein Tarifvertrag mit Dauer bis zum 30. April 1912 abgeschlossen, durch welchen eine 200 Arbeiter Lohnzulage von 60 Pf. bis zu drei Mark pro Woche erzielen. Eine weitere Lohnsteigerung von 10 Pf. pro Tag tritt am 1. Juni 1912 und am 1. Juni 1914 ein.

Partei-Literatur.

Im Verlage von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist kosten erschienen: Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages. Historische Skizzen von Dr. Gustav Baumbach. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Nr. 13 der kleinen Bibliothek. 112 S. Preis gebunden 1 Mark, broschiert 70 Pf., Vereinsausgabe 50 Pf.

Bei der beginnenden Wahlbewegung wird das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Programme der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte den Wert der Arbeit nicht unbedeutend steigern.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Geschichte der Redaktionen von 1912 bis 1911 Nr.

Extra-Preise

für

Damen-Konfektion

Ein Posten Damen-Paletots aus imit. Leinen- und imit. Bast, mit farbigen Revers 12,50 bis 37,50 M.	Ein Posten Staubmäntel aus gewirzten haltbaren Stoffen in Sportfarben etc. 15,00 bis 4,50 M.	Ein Posten Jackett-Kostüme aus kräftigem imit. Leinen u. imit. Bastsedie, m. farbigem Paspel 22,50 bis 9,50 M.	Ein Posten Weisse Mull-Kleider Kimonoform, reich mit Einsätzen garniert 15,50 bis 4,75 M.	Ein Posten Sticker-Kleider Rock mit ausspringenden Faltenansatz, entzückende Ausführungen 25,00 bis 12,50 M.
Ein Posten Weisse Blusen mit Einsatz und Faltchen gearbeitet 8,50 bis 7,50 M.	Ein Posten Blusen aus imit. Mousselin, halbfrei, mit abstechender Hals- und Manschetten-Garnit., 4,60 bis 1,40 M.	Ein Posten Blusen ganz aus Sticker-Kleider-Stoff, Madeira imit., Kimonoform, 9,75 bis 3,75 M.	Ein Posten Mull-Blusen halbfrei, m. farbiger Bulgaren-Sticker 8,50 bis 4,25 M.	Ein Posten Kleiderröcke in weiss und mode, imitiert, Leinen, Rips und Satin 9,75 bis 1,90 M.

Garnierte Damen- u. Kinder-Hüte
sind im Preise ganz bedeutend zurückgesetzt.

Geschäftshaus **J. LEWIN**
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Täglich **Walhalla** **8 Uhr 20**

Beispiellose Erfolge.
Winter-Tymians

Deutschlands beste Truppe.
Vom **Donnerstag** ab wieder
total neues **Riesen-Programm.**

Sylvare im elegant. Rosenrock.
Becker im urkom. Rosenrock.
Volgt ein toller Barhler.
Barra Glänzender Musikant.

Schluss-Nummer:
Lehmans Sommerfrische!
Zum Schreien.

8 Uhr 20 Vorzugskarten gültig! **Täglich**

Achtung! **I. Athleten-Klub von 1890.**

Die **Übungsstunde** der Nord-Abteilung findet nicht Sonnabend, den 10., sondern **Freitag, den 9. Juni** statt. Außerdem findet bis auf weiteres **eben Sonntag** morgens von 10 Uhr an **Übungsstunden** in der „Neumarkt-Bierhalle“, bei **Schnelle** statt.

Um rege Beteiligung **bittet** Der Vorstand.

NB.: Bringe allen Gewerkschaften, Vereinen und Parteigenossen meine **Loyalitäten** in freundliche Erinnerung.
O. Schnelle, „Neumarkt-Bierhalle“.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Pöller.**
Täglich: **Ausverkaufte Häuser!**
Stürmischer Beifall!

Nur für kurze Zeit. Gastspiel von **Hrn. Direktor Kohlmetz** in seinem berühmten Stücke „**Lady**“ in **„Der Polizeihund“.**

Detektiv-Romäne in 3 Akten und 7 Bildern von **Henry Oliver.**
„**Der Hund als Sherlock Holmes!**“

Heberr! **Sangesgepräch!**

Zentral-Berband der Zimmerer
Zahftelle Halle und Umgegend.

Freitag den **9. Juni** abends 8 1/2 Uhr bei **Streicher, Kleine Klausstraße 7.**

Mitglieder-Versammlung.

Zusammenkunft:
1. Maßnahmen der Unternehmer, Jungesellenlöbne betreffend.
2. Stellungnahme zum Projekt „Gewerkschaftshaus“.
3. Bekanntgabe der aufgenommenen Statistik.
4. Verschiedenes.

Die Kameraden seien darauf hingewiesen, daß die einzelnen Verhandlungspunkte eine vollständige Vertretung erfordern. Unter Berücksichtigung des ersten Punktes möge jeder dahin wirken, daß auch sein Jungeselle teilnimmt.
Der Vorstand.

Gasthof zum Schwan
Königsstrasse 54. Tel. 3116.

Allen lieben Gästen, Freunden u. Bekannten die ergebene Mitteilung, dass ich die Bewirtschaftung obigen Etablissements in unveränderter Weise fortführen werde.

Es wird stets mein Bestreben sein, die mich Beehrenden wie bisher mit nur guten Speisen und Getränken bei aufmerksamster Bedienung zufrieden zu stellen.

Indem ich bitte, das meinem verstorbenen Manne geschenkte Wohlwollen auch mit zuteil werden lassen, empfehle mich Hochachtungsvoll
Frau Caroline Berbig geb. Weinert.

Milchschalen
für saure Milch.
C. F. Ritter G. m. b. H.
Leipzigerstrasse 90.

Hüte Klapp-Mützen
empfeht gut u. billig
Friedr. Koch,
Leipzigerstrasse 73.

Wie zu Hause speisen Sie im Volkspark.
Vorzügliche Küche.
Freitag und Sonnabend:
Frische Pökelknochen

Verdingang.

Zum **Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses** in der Adlerstraße 1, hier, sollen die **Schmiede- und Eisenarbeiten** vergeben werden. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum

15. Juni cr., **Judenstraße 31, I** einzuliefern, wo auch die Verdingungsunterlagen vorm. von 9-12 Uhr ausliegen und zum **Breite von 50 Btg.** entnommen werden können. Zuschlagsfrist 8 Tage. Eine **Eröffnung der Angebote** in Gegenwart der **Reflektanten** findet nicht statt. Berücksichtigt werden nur **Unternehmer von Wittenberg, Kleinmittenberg und Bitteritz.**

Wittenberg, den **6. Juni 1911.**
Konsum-Verein für Wittenberg u. Umgeg., e. G. m. b. H.
Der **Vorstand.** **J. A. Ganschow.**

Lichtbäder
Radium, Sauerstoff,
Kohlensäure- sowie Dampf- und alle anderen Bäder.
Sauerstoffinhalationen für alle **Katarrhe, Asthma usw.**
Albrecht's Naturheilanstalt.
Frieden-
strasse 28.
Tel. 2698.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft **große**
Albert Bode jun., Standstr. 22.

Einmachegläser
mit und ohne Verschluss.
C. F. Ritter G. m. b. H.
Leipzigerstrasse 90.

Sieben erschienen:
Wahrer Jakob 1911
Nr. 12.
Preis 10 Pf.

Leichtheit
Nr. 18.
Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Aus-
träger und die
Volksbuchhandlung,
Gara 42/43.

„Wann u. empfehlen ist **Suder's Patent-Medikamente** D. R. P. Nr. 136 988 gegen **Rauheit und Schuppungen der Haut, Miefier, Pickel,**

Schindeln, Entzünd. usw. Besten-
arzt Dr. **St. 50 Bf.** (1909/10) und **1.50 Bf.** (330/04, flüssige Form).
Dazu **Antiseptische-Creme** (nicht fetten) und mild 75 Bf. und 2 Bf. In
sämtlichen Apotheken, Drogerien,
und Parfümerien erhältlich.

13 eigene Geschäfte.
Tel. 593.

2 Waggon Schweizer-Käse Pfd. 110 u. **90 Pf.**
sehr schöne, vollsaftige Ware.

2 Waggon Limburger-Käse Pfd. **40 Pf.**
hochfeinste, speckige Alpenware.

F. H. Krause.
13 eigene Geschäfte.
Tel. 23-1.

Möbel-Fabrik
der
Vereinigt Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6.
empfeht ihre Fabrikate zu
festen und soliden Preisen.

Friedrich Fiedler,
Kohlen-Handlung
Sophtstrasse 41
(Nähe Stadttheater)
Telephon 3248, Telephon 2248,
steuert erff. Bazen zu **billigsten**
Tagespreisen.

Salat-Oel
in nur feinsten Quali-
tät und stets frisch
empfeht
Bruno Pretzsch
Moritzzwinger 1.

Kakao, eigenes
Fabrikat,
von 90 Bf. pr. 98 Pf. bis 2.50
empfeht
Carl Boock, Markt,
platz, im Turm.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal. **Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfehlen.** Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahlungsgeschäfte H. Thiele, Göbenstr. 1, p. Erarierien F. Günther, Halle a. S. Briketts, Kohlen Richard Wolf, verläng. Königstr. Drogen und Farben H. Rädler, Rannischestr. 2. Ein- u. Verkaufsgeschäfte F. Heandke, Kl. Ulrichstr. 15. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Eiserne Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reilstr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kuze, Burgstr. 59. August Mangold, Merseburger- strasse 105. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1. Handleiterwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 10.	Kanz- und Köchengeräte K. Kuckenburg, Rannischestr. 12. Königkuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeer- strasse 16. Stäte und Mätken Friedrich Flötner, Geiststr. 23. Kartonnagen W. Schmeil, Wuchererstr. 40. Kaufhäuser H. Eikan, Bekleigig-Gogenet. j. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwa-ren H. Ackermann, Merseburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Lederhandlungen Horn. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine Wid. Hall, Tischlerstr. Grasse Mogeln Ulrichstr. 50 Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17.	Schneiderel-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Speidition, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunoswarte 36. Wih. Müller, Brunnenstr. 53. Uhren- u. Goldwaren Friedrich Hoffmann, Grasse Klausstr. 23. Albert Mennicke, Gr. Steinstr. 62 A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weisz, Kleinschmieden 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. H. Kado Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Häusel, Magdeburgerstr. 59.	Weine-Weil-Tapenarie Franz Banno, Lindenstr. 56. Zahn-Techniker Willy Müller, Neue Promenade 16. Zigarrenhandlungen F. Soldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularükel, Leuchtständerstr. 15. Ammendorff. Sanitäts-Drogerie, in: Dr. Emil Ammendorff, Hadowell Hallestr. 95. Hauptstr. 20. A. Hermann, Uhrmacher. O. Frohthaya, Seif.-Rein.-Anst. W. Wänscher, Schuhwaren.
---	---	--	--	---	---

Gr. ab Befugnis unentgeltlich: **Red. Z. 11922.** - Druck bei **Gebr. Grosse, Leipzig (A. M. M. H. S.).** - Bezugspreis: **norm. Mag. 2.00 Bf. je H. 2.00 Bf. - Einzel. 1.00 Bf. a. G.**